

Europa

Europa im globalen Wettbewerb

Position
Stand: März 2024

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Europa muss eine selbstbewusste Rolle auf dem Weltmarkt einnehmen

In der Weltwirtschaft ist eine Kräfteverschiebung im Gange – weg von den klassischen Industriestaaten hin zu den Schwellenländern, insbesondere im asiatisch-pazifischen Raum. Diese Verschiebung geht einher mit einem zunehmenden Trend zu einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft mit einem US-dominierten Block auf der einen und einem chinesisch dominierten Block auf der anderen Seite. Die Rivalität zwischen China und den USA um die Vormachtstellung in der Weltwirtschaft bringt die Welthandelsordnung in Gefahr.

Die EU ist mit allen Regionen der Weltwirtschaft eng verflochten und künftig mehr denn je auf Freihandel und internationale Arbeitsteilung angewiesen. Deshalb muss sich Europa einem Decoupling und einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenstellen. Gleichzeitig muss die EU einseitige Abhängigkeiten reduzieren, indem sie die richtigen Rahmenbedingungen zur Diversifizierung ihrer Handelsbeziehungen setzt.

Europa muss als eigenständiger und stabilisierender Akteur auf dem Weltmarkt auftreten und sich für eine auf Freihandel basierende Welthandelsordnung einsetzen. Als starker Wirtschaftsstandort und intern gefestigte Gemeinschaft kann die EU diese Rolle selbstbewusst einnehmen.

Bertram Brossardt
14. März 2024

Inhalt

Position auf einen Blick	1	
1	Der Wirtschaftsstandort EU	3
2	Die Integration der EU in der Weltwirtschaft	5
2.1	Außenhandel	5
2.2	Internationale Wertschöpfungsketten	5
3	Die Position der vbw	7
3.1	Europa muss auf Freihandel und Globalisierung setzen	7
3.2	Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken	7
3.3	Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden	8
3.4	Europa muss sich für den regelbasierten Welthandel und für fairen Wettbewerb stark machen	9
3.5	Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren	10
3.6	Europa muss einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken	10
Ansprechpartner / Impressum	12	

Position auf einen Blick

Ein starker europäischer Wirtschaftsraum stabilisiert die Weltwirtschaft.

Europa ist ein starker Wirtschaftsraum, verliert global aber sukzessive an Bedeutung, sowohl als Produktionsstandort als auch als Absatzmarkt. Die Länder der EU sind nach wie vor bedeutende Industriestandorte, doch sie büßen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ein – nicht nur gegenüber den dynamisch wachsenden Schwellenländern, sondern auch im Vergleich zu anderen Industriestaaten. Die Integration im europäischen Binnenmarkt ist für die europäischen Volkswirtschaften von großer Bedeutung. Zusätzlich ist die EU auch mit den anderen Weltregionen eng vernetzt, wodurch Wertschöpfung und Beschäftigung in Europa gesichert werden.

Die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse werden sich weiter verschieben. Europa wird allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung an ökonomischer Bedeutung einbüßen. Dennoch muss die EU den internationalen Wettbewerb annehmen und die großen Chancen auf den bisher wenig erschlossenen Märkten ergreifen. Die EU muss bewährte Partnerschaften erhalten und gleichzeitig neue Kooperationen eingehen, um ihre Handelsbeziehungen zu diversifizieren. Zugleich muss sie den globalen Freihandel entschlossen verteidigen. All dies kann die EU nur mit Selbstbewusstsein und aus einer Position der Stärke heraus angehen. Dazu muss sie den Einigungsprozess gezielt intensivieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer wirtschafts- und innovationsfreundlichen Politik verbessern.

Das heißt konkret:

- **Europa muss auf Freihandel und Globalisierung setzen:** Freihandel und internationale Arbeitsteilung führen zu Wohlstand und Beschäftigung. Gerade Europa, das demografiebedingt Wachstumspotenzial verliert, ist auf einen freien Waren- und Dienstleistungshandel angewiesen.
- **Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken:** Um weiterhin von der Globalisierung profitieren zu können, braucht Europa einen wettbewerbsfähigen Standort, an dem Wertschöpfung, Investitionen und Innovationen möglich sind, vor allem im industriellen Bereich.
- **Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden:** Nur eine geeinte und intern gefestigte EU kann nach außen stark und selbstbewusst auftreten. Dazu muss der Binnenmarkt vertieft und weiterentwickelt werden.
- **Europa muss sich für den regelbasierten Welthandel und für fairen Wettbewerb stark machen:** Die EU muss sich gemeinsam mit möglichst vielen Partnern für eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) einsetzen, um wieder ein verlässliches und faires multilaterales Handelssystem sicherzustellen. Da, wo unfaire Handelspraktiken den Wettbewerb auf dem EU-Binnenmarkt verzerren, kann die EU unilaterale Maßnahmen ergreifen, die verhältnismäßig und WTO-konform ausgestaltet sind.

[Position auf einen Blick](#)

- **Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren:** Parallel zu einer Reform der WTO muss die EU auch bilaterale Abkommen mit wichtigen Wirtschaftsräumen vorantreiben, um vom Freihandel zu profitieren und Abhängigkeiten durch Diversifizierung zu minimieren.
- **Europa muss einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken:** Es ist im europäischen Interesse, sowohl mit den USA als auch mit China gute und stabile Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. Die EU muss der zunehmenden Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken und als eigenständiger Wirtschaftsraum agieren.

1 Der Wirtschaftsstandort EU

Ein starker Standort vor großen Herausforderungen.

Europa ist ein bedeutender und wettbewerbsfähiger Standort. Allerdings bestehen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Wirtschaftsregionen. Zudem nimmt der Vorsprung gegenüber vielen Schwellenländern ab.

In der vbw Studie *Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich* werden die relevanten Volkswirtschaften der Welt jährlich hinsichtlich ihrer Standortqualität verglichen. Zwar befinden sich fünf EU-Staaten – Dänemark, Deutschland, Niederlande, Schweden und Finnland – sowie die Schweiz im [Niveauranking](#) unter den TOP 10. Allerdings erreichen die europäischen Industrieländer insgesamt einen niedrigeren Standortqualitätsindex als die außereuropäischen Industriestaaten. In der Gruppe der Schwellenländer schneiden die europäischen Volkswirtschaften etwas besser ab als die asiatischen.

Abbildung 1

Niveauranking der Standortqualität nach Regionen

Land	Punkte	Bedeutendste Stärken
Industrieländer	115,1	
Europa	113,7	Staat, Infrastruktur
Andere	118,9	Staat, Ressourcen, Infrastruktur
Schwellenländer	85,5	
Europa	93,1	Kosten
Asien	87,9	Kosten, Markt
Andere	75,9	(Kosten)
Ø 45 Länder	100	

Quelle: Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich, Niveauranking (vbw, IW Consult; 2023)

Der europäische Wirtschaftsstandort verliert gleichzeitig an internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Dies zeigt das [Dynamik-Ranking](#) der vbw Studie. In diesem weltweiten Vergleich spiegelt sich wider, wie sich die industrielle Standortqualität über die letzten Jahre entwickelt hat. Die Schwellenländer schneiden wegen ihres niedrigeren Ausgangsniveaus erwartungsgemäß besser ab als die fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Allerdings entwickelte

sich die Standortqualität der europäischen Industrieländer schlechter als die der außereuropäischen Wettbewerber. Zudem erreichen die europäischen Schwellenländer einen spürbar geringeren Indexwert als die Emerging Markets in Asien. Das bedeutet, dass die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften langsamer aufholen als die dynamischen Staaten Asiens.

Abbildung 2

Dynamikranking der Standortqualität nach Regionen

Land	Punkte	Bedeutendste Verbesserungen
Industrieländer	92,7	
Europa	92,2	Wissen, Infrastruktur
Andere	94,1	Ressourcen
Schwellenländer	107,0	
Europa	105,3	Infrastruktur, Kosten, Staat
Asien	118,3	Staat, Markt, Kosten
Andere	98,8	Ressourcen
Ø 45 Länder	100,0	

Quelle: Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich, Dyamikranking (vbw, IW Consult; 2023)

2 Die Integration der EU in der Weltwirtschaft

Starker Binnenmarkt, der mit der Weltwirtschaft eng verflochten ist.

Die Länder der EU sind intern stark verflochten, zugleich sind sie aber auch mit anderen Regionen der Weltwirtschaft eng vernetzt.

2.1 Außenhandel

Im Außenhandel der EU-Staaten spielt der Binnenmarkt eine entscheidende Rolle. 2022 haben die EU-Länder Waren im Wert von 4,230 Billionen Euro in andere Mitgliedsstaaten exportiert. Das entspricht einem Anteil von über 62 Prozent an allen Exporten der EU-Staaten. Der europäische Export in die übrige Welt teilt sich darüber hinaus wie folgt auf: Fast 23 Prozent gingen in den amerikanisch-westlichen Raum, gut 15 Prozent in den asiatisch-afrikanischen Raum. Aufseiten der Importe stammen jeweils rund ein Fünftel aus dem amerikanisch-westlichen und dem asiatisch-afrikanischen Raum.

Angesichts der großen Bedeutung der EU als Handelsraum sorgt der Waren- und Dienstleistungsaustausch innerhalb der EU für ein hohes Maß an Wertschöpfung und Beschäftigung. Gleichzeitig sichert jedoch auch der Außenhandel mit den anderen Partnern in nicht unerheblichem Maße Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Gemäß der vbw Studie [Folgen einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft](#) hingen 2021 allein in Deutschland geschätzt rund 7 Millionen Erwerbstätige an der Wertschöpfung, die in Länder außerhalb der EU ging.

2.2 Internationale Wertschöpfungsketten

Wie beim Außenhandel findet ein Großteil der europäischen Direktinvestitionstätigkeit innerhalb der EU statt. Mit 45 Prozent befindet sich fast die Hälfte der europäischen Direktinvestitionsbestände in anderen EU-Mitgliedsländern. Außereuropäisch spielen die USA die größte Rolle als Investitionsstandort. Auf sie entfallen 16 Prozent der europäischen Direktinvestitionsbestände, auf die anderen Länder aus dem amerikanisch-westlichen Raum weitere 30 Prozent. Der Anteil Chinas sowie der Länder des asiatisch-afrikanischen Raums liegt bei lediglich 9 Prozent.

Ein ähnliches Bild zeigt sich umgekehrt im Hinblick auf die ausländischen Direktinvestitionsbestände in der EU. Mit 47 Prozent stammt fast die Hälfte des ausländischen Direktinvestitionsbestands aus anderen EU-Staaten. Auf die USA entfallen 18 Prozent und auf die anderen Länder des amerikanisch-westlichen Raums weitere 27 Prozent. Direktinvestitionen aus China und den anderen Staaten des asiatisch-afrikanischen Raums spielen nur eine untergeordnete Rolle.

[Die Integration der EU in der Weltwirtschaft](#)

Direktinvestitionen wirken sich auch auf grenzüberschreitende Forschungsaktivitäten aus. Auf Basis von Patentanalysen zeigt sich, dass die grenzüberschreitende Forschung von Unternehmen aus der EU zu 40 Prozent innerhalb der Europäischen Union stattfindet. Als wichtigster Einzelmarkt folgen die Vereinigten Staaten. China spielt als Forschungsstandort für europäische Unternehmen bislang eine untergeordnete Rolle.

Eine große Relevanz hat die internationale Arbeitsteilung für die EU bei der Rohstoffversorgung. Als rohstoffarme Region ist Europa auf Rohstofflieferungen aus anderen Weltregionen angewiesen. Von besonderer Bedeutung ist die Versorgung mit Energierohstoffen. Über 60 Prozent des importierten europäischen Ölbedarfs stammen dabei aus dem asiatisch-afrikanischen Raum. Nur rund ein Viertel wird hingegen durch Einfuhren aus der EU und dem übrigen Europa – Russland ausgenommen – bezogen. Auch bei den sogenannten Kritischen Rohstoffen – das sind Rohstoffe, die schwer oder gar nicht zu ersetzen sind – ist die EU regelmäßig auf außereuropäische Lieferanten angewiesen. Beispielsweise stammen fast 60 Prozent des EU-weiten Bedarfs an Seltenen Erden aus Ländern außerhalb Europas.

3 Die Position der vbw

Als starker, selbstbewusster Wirtschaftsraum für freien Handel eintreten.

In den kommenden Jahren werden sich die weltwirtschaftlichen Kräfteverhältnisse zunehmend verschieben. Europa wird allein schon auf Grund der demografischen Entwicklung an ökonomischer Bedeutung einbüßen. Dennoch muss die EU den internationalen Wettbewerb annehmen und die großen Chancen auf den neuen Märkten ergreifen. Die EU muss bewährte Partnerschaften erhalten und gleichzeitig neue Kooperationen eingehen. Zugleich muss sie den globalen Freihandel entschlossen verteidigen. All dies kann sie nur mit Selbstbewusstsein und aus einer Position der Stärke heraus angehen. Dazu muss sie den Einigungsprozess gezielt intensivieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einer wirtschafts- und innovationsfreundlichen Politik verbessern.

3.1 Europa muss auf Freihandel und Globalisierung setzen

Es gibt keine Alternative zu Freihandel und internationaler Arbeitsteilung. Sie schaffen Wohlstand und Beschäftigung für alle beteiligten Staaten. Dies betrifft den Handel mit Gütern und Dienstleistungen ebenso wie die Internationalisierung der Wertschöpfungsketten. Globalisierung fördert Innovation, eröffnet Absatzchancen und sichert den Bezug von Rohstoffen.

Protektionismus und Handelskriege hingegen führen weltweit zu Wohlstandsverlusten. Die Abschottung einzelner Volkswirtschaften bis hin zu möglichen Blockbildungen – beispielsweise von China und dem asiatisch-afrikanischen Raum auf der einen Seite sowie den Vereinigten Staaten und dem amerikanisch-westlichen Raum auf der anderen Seite – würde die internationale Arbeitsteilung erheblich beeinträchtigen. Produktion, Einkommen und Beschäftigung würden auch in der EU deutlich sinken.

Die EU ist auf eine Wirtschaftsordnung angewiesen, die den ökonomischen Austausch weltweit möglich macht. Das gilt insbesondere für die nächsten Dekaden, wenn die europäischen Volkswirtschaften an Wachstumspotenzial einbüßen und die größten Marktpotenziale stattdessen in Asien und Nordamerika liegen werden.

3.2 Europa muss seinen Standort und seine Wettbewerbsfähigkeit stärken

Um weiterhin von Freihandel und Globalisierung profitieren zu können, braucht Europa eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und vor allem eine starke Industrie. Wenn europäische Unternehmen auf den dynamisch wachsenden Märkten erfolgreich sein wollen, brauchen sie Standortbedingungen, die Investitionen, Innovationen und Wertschöpfung in Europa fördern.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass die Europäische Kommission die Industrie als essenziellen Bestandteil der europäischen Wirtschaft sieht und ihr Gewicht stärken will. Die EU muss die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit des Standorts genauso entschlossen und umfassend sichern, wie es der Green Deal im Bereich der ökologischen Grundlagen anstrebt. Wir brauchen europäische Unternehmen, die nicht nur auf dem Binnenmarkt, sondern auch auf dem Weltmarkt bestehen.

Eine starke und wettbewerbsfähige Industrie trägt auch dazu bei, in kritischen Bereichen eine größere europäische Souveränität zu erreichen. Damit wollen wir uns aber nicht für eine protektionistische Politik aussprechen. Die Corona-Krise und der russische Angriffskrieg in der Ukraine haben jedoch die Verwundbarkeit globaler Lieferketten aufgedeckt.

Die entscheidenden Punkte einer europäischen Industriepolitik sind aus unserer Sicht:

- Weiterentwicklung des Binnenmarkts,
- Weitere Erleichterungen im Beihilferecht, um insbesondere auf Herausforderungen der Transformation und akute Krisensituationen bedarfsgerecht reagieren zu können,
- Abschluss weiterer Freihandels- und Investitionsabkommen,
- Weniger Bürokratie, intelligente Regulierung,
- Förderung von Schlüsseltechnologien und Unterstützung von länderübergreifenden Kooperationen,
- Berücksichtigung von Auswirkungen neuer Gesetzesinitiativen auf die Industrie.

3.3 Europa muss als Wirtschaftsraum stärker werden

Der gemeinsame Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten ist der Motor der europäischen Wirtschaft, Garant für Wohlstand und Stabilität sowie die Basis des Friedens in Europa. Er hat dazu beigetragen, EU-Unternehmen in internationale Wertschöpfungsketten zu integrieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Außerdem sorgt er dafür, dass die EU, auf die 16 Prozent der weltweiten Handelsströme entfallen, als Handelsblock wahrgenommen wird und ihre Verhandlungsmacht ausschöpfen kann. Der EU-Binnenmarkt muss vollendet werden. Nur eine im Inneren geeinte Union kann nach außen stark und selbstbewusst auftreten.

Es müssen noch etliche Hürden beseitigt werden, um die europäische Integration voranzubringen.

- Eine Stellschraube für die Weiterentwicklung des Binnenmarkts ist die Neuausrichtung der Prioritäten der EU-Steuerpolitik. Dazu zählt zum einen der Verzicht auf die immer wiederkehrende Debatte neuer Steuerquellen für die EU. Zum anderen geht es um eine konsequente Abkehr von der Konzentration der letzten Jahre auf – mittlerweile weit überbordende – Missbrauchsbekämpfung und den konsequenten Abbau von Steuerbürokratie, um grenzüberschreitende Investitionen zu erleichtern und die EU im internationalen Steuerwettbewerb zu stärken.
- Ein digitaler Binnenmarkt ist notwendig, um erfolgreiche Produkte und Geschäftsmodelle auch im größeren Maßstab zu entwickeln. Die ehrgeizige Digitale Agenda der EU mit zusätzlichen Investitionen in Informations- und Kommunikationsnetze sowie die

- Förderung einheitlicher Standards zur Cyber-Sicherheit ist zu begrüßen. Forschung und Entwicklung erfordern europäische Strategien. Es darf aber nicht zu Überregulierung und gesetzgeberischem Aktionismus kommen, vor allem im Umgang mit Daten und Algorithmen. Insofern sind der Data-Act und der AI-Act durchaus kritisch zu sehen. Bei der Umsetzung muss von Anfang an der Fokus darauf liegen, Innovationshemmnisse aufzuspüren und konsequent einzudämmen.
- Die Umsetzung und Digitalisierung des Energiebinnenmarkts müssen vorangetrieben werden. Im Rahmen des Green Deals müssen Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit erfolgreich miteinander verknüpft und die Wirtschaft im Transformationsprozess unterstützt werden. Unverzichtbar sind der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien sowie leistungsfähige transeuropäische Netze für Energie (Strom, Erdgas, Wasserstoff), den Transport von CO₂ und Speicher, an die alle industriellen Schwerpunkte rechtzeitig angebunden werden. Auch der Ausbau der Telekommunikations- und Verkehrsnetze muss mit Hochdruck vorangebracht werden. Beim Aufbau der Infrastruktur für alternative Antriebssysteme und Kraftstoffe müssen die Kräfte innerhalb der EU gebündelt werden.

3.4 Europa muss sich für den regelbasierten Welthandel und für fairen Wettbewerb stark machen

Eine regelbasierte Welthandelsordnung soll sicherstellen, dass im weltweiten Handel nicht das „Recht des Stärkeren“, sondern gemeinsame multilaterale Handelsregeln gelten. Die Gestaltung der internationalen Handelspolitik ist Aufgabe der WTO. Ziel ist es, den globalen Handel durch Absenkung von Zöllen und Reduktion nicht-tarifärer Hemmnisse zu liberalisieren und durch gemeinsame Vorschriften planungssicherer zu machen. Die WTO befindet sich jedoch in einer Krise: Die Verhandlungen über eine kontinuierliche multilaterale Liberalisierung des Welthandels bleiben seit Jahren ohne wesentliche Ergebnisse; das WTO-Regelwerk ist veraltet, an vielen Stellen unklar und häufig schwer durchsetzbar; der Streitschlichtungsmechanismus ist aufgrund der WTO-Blockade des Berufungsgremiums seit 2019 nicht funktionsfähig.

Gerade die europäische Wirtschaft ist infolge ihrer starken Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten auf verlässliche Regeln besonders angewiesen. Die EU muss deshalb gemeinsam mit einer möglichst breiten Allianz von Partnern für eine Reform der WTO und eine Stärkung des regelbasierten Welthandels eintreten. Es ist zu begrüßen, dass die EU in ihrer Handelsstrategie eine Reform der WTO fordert und sich auf allen Ebenen dafür einsetzt.

Besonders hervorzuheben ist die Notwendigkeit durchsetzbarer WTO-Regeln zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen oder Staatsunternehmen. Eine Reform des WTO-Subventionsübereinkommens ist erforderlich, um international einem Level Playing Field näherzukommen. Die vbw Studie [Effekte der chinesischen Subventionspolitik auf Deutschland](#) zeigt, dass die Gesamthöhe der Subventionen Chinas im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau liegt. Die Ergebnisse der Studie deuten auf negative Effekte für die Produktion und die Bruttowertschöpfung in Deutschland hin, wenn

chinesische Unternehmen durch Unterstützungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, mehr und günstiger zu produzieren als ihre internationalen Wettbewerber.

Parallel zu den WTO-Reformbemühungen kann die EU auf unilaterale Maßnahmen als Second-Best-Lösungen setzen, wenn unfaire Handelspraktiken die Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt verzerren. Solche einseitigen Maßnahmen müssen verhältnismäßig und WTO-konform ausgestaltet sein, damit sie keine Vergeltungsspirale in Gang setzen, sondern den regelbasierten Handel stärken.

3.5 Europa muss bilaterale Handelspartnerschaften forcieren

Parallel zu einer Reform der multilateralen Handelsordnung muss die EU bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit bedeutenden und dynamisch wachsenden Wirtschaftsregionen vorantreiben. So kann Europa vom Freihandel profitieren und seine Absatz- und Beschaffungsmärkte breiter aufstellen. Auf diese Weise kann die EU die richtigen Rahmenbedingungen für das volkswirtschaftlich erstrebenswerte Ziel der Diversifizierung setzen, ohne in unternehmerische Entscheidungen einzugreifen.

Um am dynamischen Wachstum in vielen Regionen der Welt partizipieren zu können, muss die EU weitere Abkommen schließen. Dabei gilt es vordringlich, verhandelte Abkommen zügig zu ratifizieren (z. B. mit Chile, Kanada, Kenia, Mercosur, Mexiko), laufende Verhandlungen schneller abzuschließen (z. B. mit Indien und den Philippinen) oder wieder aufzunehmen (z.B. mit Australien). Daneben müssen weitere Länder, besonders die dynamisch wachsende ASEAN-Region, in den Blick genommen werden.

3.6 Europa muss einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken

Die EU ist sowohl mit den USA als auch mit China wirtschaftlich eng verflochten. Das Handelsvolumen zwischen der EU und China lag im Jahr 2022 bei 857 Milliarden Euro und damit in ähnlicher Größenordnung wie das europäisch-amerikanische Handelsvolumen von 868 Milliarden Euro. Mit den USA bestehen intensivere Verflechtungen unter anderem im Bereich der Direktinvestitionen oder der grenzüberschreitenden Forschung. Umgekehrt hat China für die EU eine überdurchschnittliche Bedeutung als Importquelle, insbesondere bei Kritischen Rohstoffen und in der Elektrotechnik.

Deshalb muss es im europäischen Interesse sein, zu beiden Staaten bzw. zu den von diesen Staaten dominierten Wirtschaftsräumen gute und stabile Beziehungen zu unterhalten. Dies bestätigt die vbw Studie [Folgen einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft](#). Im hypothetischen Szenario einer Blockbildung in der Weltwirtschaft würde die EU ökonomisch verlieren - sowohl wenn sie sich dem US-dominierten Wirtschaftsraum anschließen würde als auch im Falle eines Anschlusses an den chinesisch dominierten Block.

[Die Position der vbw](#)

Die EU muss als eigenständiger Wirtschaftsraum agieren und so der zunehmenden Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft entgegenwirken. Damit kann Europa das globale Handels- und Wirtschaftssystem stabilisieren. Die Bedeutung Europas als Absatzmarkt ist nach wie vor groß genug, um diese Rolle selbstbewusst ausüben zu können. So gehen jeweils rund 18 Prozent der US-Exporte und der chinesischen Ausfuhren in die EU. Dies zeigt, dass die EU nicht nur von China und den USA abhängig ist, sondern gegenseitige Abhängigkeiten bestehen.

Ansprechpartner / Impressum

Lisa Zölch

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258
lisa.zoelch@vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
elias.kerperin@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw März 2024